

http://www.focus.de/politik/deutschland/abstimmung-zum-umstrittenen-meldegesetz-daten-chaos-uhl-kritiker-haben-keine-ahnung-von-der-materie_aid_779753.html

Abstimmung zum umstrittenen Meldegesetz

Hans-Peter Uhl spricht Kritikern im Daten-Chaos Kenntnis ab

Aktualisiert am Dienstag, 10.07.2012, 15:22 · von FOCUS-Online-Redakteur Peter Seiffert



Der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl steht zum umstrittenen Meldegesetz dpa

Der Bundestag beschließt ein umstrittenes neues Meldegesetz, die Formulierung dazu stammte offenbar aus dem CSU-geführten Innenministerium. Nun will keiner Schuld an dem Desaster sein.

In Berlin schieben sie sich nach **dem schwarz-gelben Kommunikationsdesaster um das neue Meldegesetz**

gegenseitig den schwarzen Peter zu. Kein Wunder: Dass am Abend des EM-Halbfinals nur 27 Abgeordnete im Bundestag sitzen und über ein Gesetz abstimmen, das Unternehmen Zugang zu den Daten der Bürger verschafft, kommt nicht gut an in der Öffentlichkeit.

Dabei ist es durchaus üblich, dass Gesetze in den Ausschüssen besprochen und später im Parlament nur durchgewinkt werden. Anders, heißt es in Berlin, sei ein funktionierender Betrieb angesichts vieler zu fassender Beschlüsse auch gar nicht möglich. Blöd nur, wenn dann ein Gesetz beschlossen wird, für das später niemand mehr die Verantwortung übernehmen will.

Kritik richtet sich vor allem gegen CSU-Innenexperte Uhl

Selbst Politiker der Koalition verwiesen schon am Montag darauf, dass der Bundesrat das Gesetz ja noch stoppen oder ändern könne. Verbraucherministerin Ilse Aigner, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger **und selbst Regierungssprecher Steffen Seibert, das Sprachrohr der Kanzlerin höchstpersönlich**, äußerten jedenfalls diese Hoffnung. Was ist da bloß passiert?

Die Kritik richtet sich auch am Dienstag vor allem gegen den innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl. **Er soll die umstrittene Änderung im Innenausschuss vorangetrieben haben**, gemeinsam mit seiner Kollegin Gisela Piltz (FDP) sowie den Abgeordneten Manuel Höferlin (FDP) und Helmut Brandt (CDU). Diese vier sollen dann das Innenministerium um sogenannte Formulierungshilfe gebeten haben, die im Gesetzgebungsprozess durchaus üblich ist.

Umstrittene Formulierungshilfe aus dem Innenministerium?

Uhl weist darauf, dass die geplante Änderung 13 Tage vor der Abstimmung zugänglich gewesen sei. Das aber kann beispielsweise Verbraucherschutzministerin Aigner überhaupt nicht verstehen. „Der Bundestag hat in seiner letzten Ausschusssitzung und in seiner letzten Sitzung eine Veränderung vorgenommen, die nicht mit uns abgesprochen gewesen ist“, sagte sie am Montag. Und am Dienstag hieß es in ihrem Umfeld, dass man von der Formulierungshilfe völlig überrascht worden sei. Diese Änderung sei nicht mit den zuständigen Ressorts abgestimmt gewesen.

Das wiederum widerspreche nicht nur der üblichen Praxis, sondern auch der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien. Dort heißt es tatsächlich in Paragraph 52: „Über Formulierungshilfen, die inhaltlich von

Beschlüssen der Bundesregierung abweichen oder über sie hinausgehen, sind die beteiligten Bundesministerien und das Bundeskanzleramt unverzüglich zu unterrichten, möglichst vor Zuleitung an die Ausschüsse.“ Die Kehrtwende im Bundestag, heißt es nun, könne Aigner daher nicht nachvollziehen.

Die Verbraucherschutzministerin hatte andere Termine

Aigner selbst wollte während der Abstimmung übrigens beim Rat der Evangelischen Kirche, später bei der Parlamentarischen Gesellschaft. „Die Einwilligungslösung halte ich nach wie vor für den besseren Weg“, sagte sie dann am Montag der „Berliner Zeitung“, während Uhl darauf beharrte, dass auch die Ministerin von der geplanten Änderung hätte wissen müssen.

Neben der CSU-Frau Aigner hatte auch Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer schon an Montag angekündigt, das Gesetz werde im Bundesrat „korrigiert“. Die CSU-Fraktion im Bundestag muss sich allerdings massiver Angriffe erwehren. **FDP-Frau Piltz zum Beispiel schrieb auf dem unabhängigen Portal abgeordnetenwatch.de:**

„Allerdings war eine Mehrheit im Bundestag für die datenschutzrechtlich weitestgehende Einwilligungslösung nicht möglich ... Da sich zwischenzeitlich jedoch die CSU offensichtlich anderweitig entschieden hat und nun doch eine Einwilligungslösung mittragen möchte, steht die FDP-Fraktion hierfür nach wie vor gerne bereit.“

Trotz Formulierungshilfe: Innenminister Friedrich für Änderung

Auch Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) erklärte, die neue Formulierung halte er „für so problematisch, dass ich mir ganz sicher bin, dass der Bundesrat das verändert“. Die Formulierungshilfe zu dieser „problematischen“ Änderung allerdings stammte offensichtlich eben nicht aus irgendeinem, sondern aus Friedrichs Ministerium. Ob Friedrich davon nichts wusste oder die Änderung vor der ganzen Aufregung gut geheißsen hat – dazu äußerte er sich bislang nicht.

Auch in Koalitionskreisen hieß es, die Lockerungen des Datenschutzes seien „auf ausdrücklichen Wunsch der CSU“ zustande gekommen. Uhl wiederum behauptete am Dienstag, die umstrittenen Änderungen gingen auf Wünsche der Meldeämter zurück.

Uhl will nur ein Klassentreffen organisieren

Es gehe dabei nicht um die Werbewirtschaft, meint Uhl. Im Gegenteil: Menschen, die ein Klassentreffen organisieren wollten und dazu Adressen bräuchten, dürften andernfalls auch keine Daten erhalten. **Das Gesetz sei richtig, sagte er im Deutschlandfunk:** „Wir führen hier eine ziemlich hysterische, abstrakte Diskussion über eine Gefahr, die es so gar nicht gibt.“ Von dieser Diskussion wurde Uhl offenbar überrascht. Gegenüber „bild.de“ legte Uhl später nach: „Alle, die sich jetzt besserwisserisch zu Wort melden, haben keine Ahnung von der Materie.“

Den Hinweis eines Users auf abgeordnetenwatch.de an FDP-Politikerin Piltz, man hätte die Einwilligungslösung doch auch mit Hilfe der Oppositionsparteien – von denen zehn Abgeordnete anwesend waren – durch den Bundestag bringen können, kontert Piltz übrigens mit dem Hinweis: „Mehrheiten jenseits der Koalitionsfraktionen sind durch den Koalitionsvertrag ausgeschlossen.“